

| | | | |
|---|---------|---------------|-------------------|
| Vorlage | | Vorlage-Nr: | FB 11/0199/WP15 |
| Federführende Dienststelle: | | Status: | öffentlich |
| Fachbereich Personal und Organisation | | AZ: | FB 11 / 2 |
| Beteiligte Dienststelle/n: | | Datum: | 01.10.2008 |
| | | Verfasser: | Herr Hammers |
| StädteRegion - Raumbedarfsplanung | | | |
| hier: Antrag der SPD-Fraktion und Grüne-Fraktion | | | |
| Beratungsfolge: | | | TOP: _____ |
| Datum | Gremium | Kompetenz | |
| 15.10.2008 | PVA | Kenntnisnahme | |

Beschlussvorschlag:

Der Personal- und Verwaltungsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Erläuterungen:

Mit Schreiben vom 23.09.08 wurde seitens der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Grünen die Behandlung des Themas "Raumbedarfsplanung im Rahmen der StädteRegion" beantragt.

In der Aufbaugruppensitzung StädteRegion am 08.09.2008 wurden folgende Mitteilungen aus Sicht des Kreises Aachen durch Herrn Dezernenten Hartmann zum Stand vorgetragen und protokolliert:

Es ist höchstwahrscheinlich, dass der Sparkassenneubau in der Zollernstrasse nicht zum 21.10.2009 bezugsfertig wird. Insofern wird nach Übergangslösungen gesucht, die den Doppelaufwand möglichst gering halten. Folgende Vorgehensweise wurde angedacht:

- Das neue Ausländeramt soll spätestens ab Oktober 2009 im VG Bahnhofplatz zusammengeführt werden.
- Das neue Sozialamt soll in der Zollernstrasse Platz finden – dafür wird aber vorübergehend voraussichtlich das Jugendamt weichen müssen.
- Die beiden Katasterämter sollen zunächst getrennt voneinander weiterarbeiten. Die Räume im Marschierort sollen hierzu von der StädteRegion angemietet werden.
- Für das SVA und das Veterinärwesen zeichnen sich Lösungen am jetzigen Standort ab.
- Das Versorgungsamt bleibt zunächst in der Turpinstrasse
- Die ARGEN bleiben dezentral, wobei die Führung ggf. von der Zollernstraße aus arbeiten soll.
- Für das Gesundheitsamt wird eine geeignete Mietfläche in der Stadt Aachen gesucht.
- Kleinere Aufgabenbereiche werden im Einzelfall geprüft.

Es kann festgestellt werden, dass es das Bestreben aller Beteiligten ist, die Arbeitsfähigkeit der StädteRegion in den verschiedenen Verwaltungsbereichen auch bei verzögerter Erweiterung des Kreisverwaltungsgebäudes sicherzustellen. Die Stadt geht ebenfalls davon aus, dass dies gelingt. Gewisse Mehraufwände und erhöhte Abstimmungserfordernisse müssen dabei in Kauf genommen werden, insbesondere dort - s. Katasterbereich-, wo in einem parallelen Arbeitsbetrieb Aufgaben für die Stadt und für die StädteRegion wahrgenommen werden.

Anlage/n:

- Tagesordnungsantrag der SPD-Fraktion und Grüne-Fraktion